An den Rat der Stadt Wuppertal

Johannes-Rau-Platz 1

42275 Wuppertal

Edeltraud Evels

[redacted]

Der Oberbürgermeister

03. Mai 2023

1. gesehen
2. an
3.

Wuppertal, . 28.04.2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

Da ich als entfernter Anwohner der L418, jetzt schon den Lärm der Schnellstrasse L 419 an manchen Tagen witterungsbedingt stark mitbekomme und es nach einem Ausbau noch mehr werden wird, beantrage ich hiermit, gemäß §24 Abs.1 der Gemeindeordnung NRW, dass der Rat der Stadt Wuppertal, zum einen den veralteten Ratsbeschluss zum Ausbau der L419 aufhebt und sich zum anderen beim Verkehrsministerium sowie bei der Bezirksregierung für einen Stopp des Planfeststellungsverfahrens stark macht.

Meinen Antrag stelle ich vor dem nachstehenden Hintergrund: Der Ratsbeschluss und der damit einhergehende Ausbau der L419 entspricht nicht mehr dem aktuellen Stand, Bedarf und politischem sowie gesellschaftlichen Willen. Ganz im Gegenteil: Immer mehr Menschen haben verstanden, was da auf Ronsdorf und Wuppertal insgesamt zukommt: Ein riesiges Verkehrs- und Umweltproblem samt Verschwendung von Steuergeldern. Sollte der Ausbau so wie er gerade geplant ist kommen, wird er die Lebensqualität in Ronsdorf , den Südhöhen und Wuppertal deutlich mindern.

Die Auswirkungen, die ein 6-spuriger Ausbau hat, stehen insgesamt im krassen Gegensatz zu den heutigen Erfordernissen zum Schutz von Mensch, Umwelt und Klima. So kann keine zukunftsfähige Mobilität erreicht werden, die es dringend geben muss. Hinzu kommt, dass laut aktuellen Verkehrsprognosen u. a. vom Verkehrsclub Deutschland (VCD) der Bedarf für einen derartigen Ausbau der L419 nicht mehr gegeben ist. Auch die negativen Umwelteinflüsse durch unnötigen Flächenfraß und Rodung von mehreren ha Wald sind – gerade in Zeiten des Klimawandels – erheblich und irreversibel. Durch den prognostizierten Zuwachs an Verkehr entstehen zudem erheblich mehr Lärm und Feinstaubemission.

Auch für die Finanzen unserer Stadt wird der Ausbau negative Auswirkungen haben. Zum einen wird Wuppertal wieder mit unnötigen Steuergeldverschwendungen in Verbindung gebracht. Zum anderen kommen zukünftig, durch die Übernahme der über 60 Jahre alten Blombachtalbrücke – die durch vermehrten LKW-Verkehr noch mehr belastet und überlastet wird – erhebliche zusätzliche Kosten auf die Stadt zu.

Das alles sollte Grund genug sein, den Ratsbeschluss zu überdenken, aufzuheben und für eine zukunftsfähige Mobilität einzustehen.

Mit freundlichen Grüßen